



## **Niederschrift**

26. Plenarsitzung des Gemeinderates  
22. Juni 2021, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

15.

## **Punkt 13 der Tagesordnung: Gesamtkonzept Wohnungslosenhilfe '97 - Zwölfter Sachstandsbericht 2021 Vorlage: 2021/0619**

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt - nach Vorberatung im Sozialausschuss - den zwölften Sachstandsbericht zur Kenntnis.

### **Abstimmungsergebnis:**

Kenntnisnahme, keine Abstimmung

**Der Vorsitzende** setzt um 19:45 Uhr die unterbrochene Sitzung fort, ruft Tagesordnungspunkt 13 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Sozialausschuss.

**Bürgermeister Lenz:** Nach 1997 haben Sie nunmehr den 12. Sachstandsbericht vor sich liegen, das Gesamtkonzept Wohnungslosenhilfe. Das heißt ein Vierteljahrhundert kontinuierlich dokumentierte, gemeinsame Zusammenarbeit in einem Feld, wo die Armut besonders streng ist, nämlich dann, wenn Menschen auch keine Wohnung haben. Keiner der vielen Sachstandsberichte war ein Grund, die Hände in den Schoß zu legen, im Gegenteil. So ist auch dieser 12. Sachstandsbericht kein Ruhekitzel. Die kurze Bilanz lautet, wir haben alle gemeinsam Corona die Stirn geboten. Ich zitiere, auf Seite 10 ist es sehr gut zusammengefasst: Alle Hilfsangebote konnten in angepasster Form weiter angeboten werden. Den Rest des Textes empfehle ich Ihrer zusätzlichen Lektüre.

Deshalb mein Dank vor allen Dingen der Zivilgesellschaft unserer Stadt. Ich glaube, so ein Engagement für Wohnungslose hatten wir selten gesehen, wenn überhaupt schon einmal. Das hat auch angehalten im zweiten und letztendlich dritten Lockdown. Deswegen den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt ein ganz besonderes herzliches Dankeschön, natürlich auch den Trägern der sozialen Arbeit, natürlich meinen Leuten der Sozialverwaltung, die extrem vieles zu administrieren hatten in diesen herausfordernden Zeiten. Aber mein besonderer Dank gilt na-

türlich den Wohnungsbaugesellschaften, an erster Stelle unserer Volkswohnung und dann natürlich den vielen privaten Eigentümerinnen und Eigentümern.

Denn gegen Wohnungslosigkeit hilft am Schluss nur eine Wohnung. Da haben wir einiges hinbekommen. Dafür auch meinen herzlichen Dank und Ihnen, der Sozialpolitik oder ich sage mal lieber der sozialen Stadtpolitik mein ganz besonderes Dankeschön. Denn ohne Sie hätte das alles über dieses Vierteljahrhundert in der Form nicht funktioniert. Ich hoffe, es war kurz genug, Herr Oberbürgermeister, herzlichen Dank.

**Stadtrat Borner (GRÜNE):** Vielen Dank für diesen differenzierten Bericht. Man kann sich ein genaues Bild machen sowohl von den Erfolgen als auch davon, was noch zu tun ist. Die Überlegungen in der Angelegenheit, Pflegebedürftigkeit bei Wohnungslosen, unterstützen wir ausdrücklich. Bereits im Jahre 2018 haben sich die GRÜNEN in einem Antrag für spezialisierte Pflegeangebote für Gruppen mit besonderen Bedürfnissen ausgesprochen. Natürlich freuen wir uns auch, dass nach Antrag der GRÜNEN die Kooperation zwischen dem städtischen Klinikum Karlsruhe und dem Hotel Anker weiterläuft und die Kooperation auf andere Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe ausgeweitet wird. Ein entsprechendes Konzept haben wir erst in der letzten Sitzung des Sozialausschusses besprochen.

Neben den Wohnungslosen möchte ich auch die Menschen benennen, die menschenunwürdig untergebracht sind. Mit der Menschenwürdegarantie in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes ergibt sich ein Regelungs- und Gestaltungsauftrag für die Politik. So ist zwingend geboten, dass der Staat die Grundvoraussetzungen für ein menschenwürdiges Dasein sichert. Dies umfasst auch ausdrücklich das Wohnen. Das Menschenrecht auf Wohnen schreibt zwar nicht vor, was wir konkret zu tun haben, die menschenrechtlich geforderte Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von bezahlbaren Wohnungen zu gewährleisten, aber der Schutz vor Mietwucher und massiven Mietpreisanstiegen umfasst das Menschenrecht auf Wohnen, wenn der Zugang zu Wohnraum gefährdet ist und dies Personengruppen betrifft, die besonders vulnerabel sind.

Aus diesem Grund würde ich mir wünschen, dass bei der nächsten Fortschreibung auch diese Personengruppen erwähnt und entsprechende Rückschlüsse und Handlungsempfehlungen abgeleitet werden.

**Stadtrat Dr. Müller (CDU):** Die Wohnungslosigkeit bleibt ein Dauerthema. Seit 2013 sind die Zahlen sehr steil bis 2016 gestiegen, seitdem auf hohem Niveau stabil. Auch in der Corona-Krise hat sich gezeigt, dass wir es mit einem starken Netzwerk zu tun haben, wo die Menschen weiterhin auch mit Sozialarbeit und mit den passenden Hilfen erreicht werden konnten. Dafür muss sicherlich ein großes Dankeswort gesprochen werden, denn es ist in solch einer Situation nicht selbstverständlich, dass diese Wohnungslosehilfe so funktioniert. Auch während der Corona-Krise haben sich keine neuen Zahlen ergeben, die einen starken Anstieg der Wohnungslosensuchenden ergeben hat. Das hätte man vermuten können in der Situation. Insgesamt hat sich das Gesamtsystem als so stabil erwiesen, dass man sagen kann, auch eine Krise kann es nicht erschüttern.

Allerdings ist es nicht so stark stabil, dass es nicht weiterentwickelt wird. Das ist auch eine tolle Angelegenheit, dass man etwas hat, was Bestand hat, was besteht, auch wenn es kritisch wird, aber gleichzeitig trotzdem weitergearbeitet wird. Ich denke zum Beispiel an die Zusammenar-

beit mit dem Städtischen Klinikum mit dem Facharztbereich Psychiatrie, wo einiges auf den Weg gebracht wird und auch weiterhin ausgebaut werden soll. Das halte ich für einen ganz wichtigen Aspekt, auch für diese Menschen, dass die von fachspezifischen Angeboten erreicht werden können, neben dem allgemeinmedizinischen Angebot, das im Anker ja schon vorhanden ist. Auch dieser Bereich sollte weiterhin im Auge behalten werden.

Insgesamt muss man allen, sowohl der Fachstelle Wohnungslosenhilfe mit Frau Rexhäuser und ihrem Team, als auch allen, die mit diesem System kooperieren, einen ganz herzlichen Dank sagen. Man kann froh sein, dass wir in Karlsruhe so ein System haben, das vorhanden ist, stabil ist und weiter ausgebaut werden kann.

**Stadträtin Melchien (SPD):** Dieser zweijährige Tagesordnungspunkt hat eine lange und gute Tradition. Dennoch möchte ich sagen, dass dieser 12. Sachstandsbericht etwas ganz Besonderes ist, grade in Anbetracht der angesprochenen Corona-Pandemie, aber auch der allgemeinen Entwicklung in unserem Land. Wir müssen schon betonen, wir haben keine weiter gestiegenen Wohnungslosenzahlen zu verzeichnen. Das zeigt wieder einmal - das ist jetzt wirklich schon eine sehr gute und lange Tradition -, wir haben ein differenziertes Hilfesystem, wir haben ein gutes Miteinander aller Beteiligten, das gerade seine Stärke auch in der Krise unter Beweis gestellt hat und hier ein wirkungsvolles Agieren im Sinne der betroffenen Menschen in unserer Stadt.

Besonders wichtig ist uns dabei, dass die Qualität nicht nur gehalten wird, das ist ja wichtig genug, weiterhin keine unbetreuten Unterkünfte zu haben - den Erfolg haben wir 2010 gefeiert miteinander -, begleitete Hilfen, eine gute Betreuung durch Sozialarbeit anbieten zu können, sondern die Qualität eben auch zu steigern und gerade hier in der psychiatrischen Versorgung, die nun auch stadtweit erleichterte Zugänge zum Gesundheitssystem gewährleisten soll. Damit sind wir wieder Vorreiter mit Blick auf die Bundesrepublik.

Ganz allgemein finde ich, haben Sie das treffend in dem Vorwort zu dem schon von Ihnen, Herr Bürgermeister Lenz, zitierten Bericht beschrieben, wie elementar der Bereich Wohnen ist für umfassende Teilhabe und wie wichtig diese Arbeit ist. Darauf sind wir stolz und dankbar. Hier möchten wir auch unsere Anerkennung allen Mitwirkenden aussprechen. Da schließen wir uns dem Dank an, und in diesem Jahr eben insbesondere auch der Psychiatrie Karlsruhe.

**Stadtrat Jooß (FDP):** Wenn wir den Bericht sehen, stehen wir trotz Corona-Krise und engen Wohnungsmarkt relativ gut da. Wir freuen uns über den Bericht und befürworten die Fortführung aller beschriebenen Maßnahmen, die hier genannt sind, um die Zahlen weiterhin in engen Grenzen zu halten.

**Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI):** Ich möchte heute nur ein Thema oder einen Bereich des Berichtes ansprechen. Im Grund genommen ist der zweitletzte Spiegelstrich, die Nummer 11 Hilfen für Wohngebiete mit besonderem Unterstützungsbedarf. Das ist in Karlsruhe der Wohnwagenabstellplatz. Ich weiß nicht, wie das in anderen Städten in der Bundesrepublik ist, ob es vergleichbare Siedlungen gibt. Ich denke, dass wir als Gemeinderat auch noch verstärkter in der Verantwortung sind.

Ich würde mir auch wünschen, dass zu dem Beirat vielleicht noch mehr aktive Kolleginnen und Kollegen hier aus dem Hause dazu kommen, um sozusagen hautnah, in Anführungszeichen, die Probleme mitzubekommen. Ich denke, da sollte in den nächsten ein, zwei Jahren vielleicht noch

mal - wenn es der Verwaltung möglich ist, das kann ich jetzt nicht einschätzen -, obwohl schon viel gemacht wird, das Augenmerk darauf gelegt wird. Positiv ist, das muss man schon sagen, das war in der Vergangenheit überhaupt nicht so, dass der Bereich des Lerntreffs, damit die Bildung der Kinder dort an dem Platz, auch von den Eltern als wichtig angesehen wird. Aber vielleicht kann man noch einmal hinschauen und vielleicht ein Stückchen mehr machen für die Menschen, die dort leben.

**Stadtrat Schnell (AfD):** Für den ausführlichen Bericht und die von den beteiligten Akteuren geleistete erfolgreiche Arbeit, gerade in der derzeitigen Situation, recht herzlichen Dank auch von unserer Fraktion. Besonders hervorheben möchte ich die aufsuchende Arbeit der präventiven Wohnungslosenhilfe, damit neue Obdachlosigkeit gar nicht erst entsteht. Denn das vorrangige Ziel ist der Wohnungserhalt. Insbesondere die Vermittlung von Hilfen zur Mietabsicherung halten wir für wichtig, damit Strukturen entstehen, die zum dauerhaften Erhalt bislang gefährdeter Mietverhältnisse bestehen. Vielen Dank dafür.

**Stadträtin Göttel (DIE LINKE.):** Vorab die Anerkennung an alle Einrichtungen und Aktiven, hinter denen mit dem Corona-Jahr ein Jahr voller besonderer Herausforderungen liegt, Trotz der Beschränkungen immer noch für die Menschen da zu sein und dabei ihre Sicherheit zu gewährleisten, ist eine große Aufgabe und ist es immer noch. Bei Besuchen vor Ort konnte ich die Energie erleben, mit der kurzfristig auf immer wieder sich ändernde Situation reagiert wurde. Es ist eine sehr große Leistung und unglaublich wichtig, dass ein Angebot offengehalten werden konnte, da gerade mit der Pandemie viele wichtige, öffentliche Aufenthaltsorte weggefallen sind, wovon wohnungslose Menschen natürlich besonders betroffen sind. Langfristig kann man sich nur wünschen, dass die Pandemie eine nachhaltige Verbesserung im Austausch zwischen Ordnungsbehörden und Sozialarbeit mit sich bringt.

In Zukunft können so hoffentlich horrenden Bußgelder gegenüber Suchtkranken, wohnungslosen Menschen, die in Unterkünften leben, vermieden werden. Denn so sieht keine Stabilisierung für Betroffene aus. Im Gegenteil wird so erst recht eine Ablehnung vermittelt und das Vertrauen in die Hilfsangebote erschüttert. In Mannheim scheint es auch kein Problem gewesen zu sein. Jedenfalls konnten unsere Kolleg\*innen von dort aus dem Stadtrat keinen Fall vergleichbarer drakonischer Strafen wegen Corona-Auflagen in Auskunft bringen. Wie breit und umfassend das Hilfesystem in Karlsruhe aufgestellt ist, zeigt das vorliegende Konzept eindrücklich. Dazu gehört natürlich die bereits genannte Koordination und die Bemühungen zum Erhalt der Wohnungen, und natürlich auch die Verhinderung von Zwangsräumungen. Aber vor allem muss man natürlich diese Anstrengungen herausstellen, sich nicht mit einer obdachlosenrechtlichen Unterbringung zufrieden zu bringen, sondern gerade diesen Weg zurück in die eigene Wohnung in den Fokus zu nehmen. Denn das ist natürlich das Essenziellste für eine soziale Teilhabe. Und wie viele Wohnungen hier für Menschen gewonnen werden konnten, welche sonst vom Wohnungsmarkt ausgeschlossen sind, ist natürlich sehr deutlich herauszustellen.

Auch die vorgeschlagene Weiterentwicklung gehen wir sehr gerne mit. Mein Kollege Börner hatte bereits die zunehmend erforderlichen Pflegeangebote erwähnt, aber auch die bereits erfolgte Ausweitung der Versorgung psychisch Kranker. Grundproblem und große Herausforderung bleibt natürlich generell dabei eine Mietpreisentwicklung, mit der vor allem niedrige Einkommen nicht Schritt halten können. Es bleibt darum neben den Bemühungen, die hier in der Vorlage aufgeführt sind, zentrale Aufgabe, bezahlbare Wohnungen zu schaffen und damit vor allem Sozialwohnungen. Und das melden auch alle Einrichtungen, die in dem Bereich aktiv sind.

Die Anstrengungen müssen etwa durch eine größere Quote im Neubau gesteigert werden. Auch wenn der Abwärtstrend gestoppt wurde, muss hier noch ein Ziel einer deutlichen Steigerung der Sozialwohnungen sein. Mit der Milieuschutzsatzung in der Südstadt bietet sich die Chance, vermehrt Wohnungen mit günstiger Miete aufzukaufen bzw. zu erhalten. Hier kann München ein Vorbild sein, die das sehr effektiv machen. Wohnungen dürfen kein Markt sein, denn Wettbewerb setzt Verlierer\*innen voraus. Solchen darf es bei etwas so Essenziellem wie einer angemessenen Wohnung nicht geben. Denn es ist immer am besten, wenn Menschen gar nicht erst auf ein Hilfesystem angewiesen sind. Auch wenn es noch so umfassend ist, dass dessen Erhalt und Weiterentwicklung hier ausdrücklich unterstützt werden muss.

**Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR):** Dieser Bericht begeistert. Ich finde es nicht nur relativ gut oder irgendwie toll, es ist wirklich außergewöhnlich. Wir leben in einer Zeit, wo wirklich alles schwierig ist und gerade auf der Straße schwierig ist. Wir erleben, dass weniger Obdachlose auf der Straße leben müssen, als das bislang der Fall war. Das ist doch sensationell. Das muss man einfach mal registrieren und auch schätzen. Ich möchte bloß noch einmal einen Wert in die Runde werfen. 2.183 Menschen leben in Akquise-Wohnungen. Es werden jedes Jahr mehr, seit Beginn dieser Maßnahme. Es ist gigantisch, was geleistet wird. Es geht nicht dadurch, dass Leute einen Job machen, sondern dass viele Leute wirklich mit Herzblut in diesem Bereich tätig sind.

Mein Dankeschön an die ganze Abteilung, den ganzen Bereich. Das ist großartig.

**Der Vorsitzende:** Ich habe mich überzeugt, dass Sie es alle zur Kenntnis genommen haben. Insofern brauchen wir nichts abstimmen, es ist ja eine Informationsvorlage.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –  
15. Juli 2021